

# Bundeswehr raus aus Afghanistan

## 20 Jahre NATO-Truppen in Afghanistan – das sind 20 Jahre zuviel!

Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind keine Entwicklungshelfer in Uniform. Die Soldaten\* innen der Bundeswehr töten und werden in Afghanistan getötet. Nach dem Bombenabwurf in Kunduz wissen das alle. Das Morden der Zivilbevölkerung durch deutsche Militärs gelang an die Öffentlichkeit.

Am 24.02.2021 wird vom Kabinett der Bundesregierung über den weiteren Einsatz entschieden.

Wir fragen uns:

Was machen die NATO-Soldaten in Afghanistan?

Die USA nimmt Rache für den 11. September 2001.

Was geht Deutschland der Rachefeldzug an?

Viele aus Deutschland stammenden Soldatinnen und Soldaten werden entweder getötet oder kommen hochtraumatisiert in ihre soziale Umgebung zurück.

Ist es das Rachegeleüste der USA wert, geliebte Menschen zu verlieren, obwohl es keinesfalls notwendig ist? Wie geht es der afghanischen Bevölkerung und wie gehen wir als Deutsche mit der Verantwortung für das Kriegsgeschehen und die Kriegsoffer um? Das sind alles Fragen, die wir uns stellen müssen. Es reicht nicht nur Krieg zu führen, die Bundesregierung muss auch an ihre Verantwortung für die Folgen denken.

Erst vor wenigen Jahren wurden in Afghanistan große Mengen seltener Bodenschätze gefunden. Wollen sich die NATO-Staaten die Ausbeutung sichern?

Diese Bodenschätze sollten der afghanischen Bevölkerung dienen. Auch durch Verkauf – nicht jedoch durch Ausbeutung der Industrieländer.



Mit Waffen kann man keinen Frieden schaffen.

Frieden muss politisch gewollt sein und in eine Strategie eingebunden sein .



## 20 Jahre Krieg in Afghanistan und kein Ende in Sicht.

Kosten der USA bisher eine Billion Dollar.

Viele Soldaten halten die Mission für nutzlos, weil sich an der Lage nichts geändert hat und nicht wenige sind der Meinung, dass die Bundeswehr umgehend aus Afghanistan abziehen sollte.

Nach Meinung von Friedensaktivisten gibt es nur eine Alternative, sie ist kompliziert und wird nicht ohne Opfer sein:

«Diese Strategie umfasst den Abzug aller Interventionstruppen.

Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der UN mit Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie kein Kungeln zwischen US-Militaristen und Warlords (Kriegsherren) auf dem Rücken der Bevölkerung.»

Frieden müsse politisch gewollt sein und in eine Strategie eingebunden werden.

Das gescheiterte Vorhaben der Intervention, verbunden mit einem «militärischen Desaster», werde nicht besser, wenn der Außenminister verzweifelt versuche, die Strategie aller Bundesregierungen und der Nato aus den letzten 20 Jahren fortzusetzen.

Seit dem Beginn der Intervention sei alles viel schlimmer geworden.



ViSdP: DKP HDH, W. Benz, Schumannstr. 3

Landtagswahl 14. März 2021 – DKP wählen!